

# Dresdner Volkszeitung

Hauptredaktion: Dresden,  
Raben & Comp., Nr. 1208.

**Organ für die Interessen des gesamten werktätigen Volkes.**

Verwaltung:  
Gebr. Krahob, Dresden.

Abonnementpreis einschließlich Postgebühr monatlich 45,00 M., durch die Post bezogen vierteljährlich 135,00 M., unter Abrechnung für Deutschland monatlich 67,00 M., Einzelnummer 2,00 M.  
Telegraphische Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Weimarerplatz 10. Tel. 25261.  
Sprechstunde nur Wochentage von 12 bis 1 Uhr.  
Geschäftsstelle: Weimarerplatz 10. Tel. 25261.  
Geschäftszeit von 7 Uhr morgens bis 5 Uhr nachts.

Anzeigenpreis: die 9 gespaltene Komparatzeile 2,00 M., Familienanzeigen 3,00 M., die 3 gespaltene Reklamenzeile 35,00 M. Bei mehrmaliger Auftrags-Ermäßigung. Anzeigen sind im Voraus zu bezahlen. Ohne Verpflichtung zur Aufnahme an vorgeschriebenen Tagen. Für Brieflieferung 2 M.

Nr. 181

Dresden, Sonnabend den 5. August 1922

33. Jahrg.

## Von der Tragödie zur Farce

Deutschland hat seit der Waffenstillstandsbitte der D. S. P. in seinen schweren Krisentagen erlebt. Im Sturm und Drang des November 1918 mußten die Waffenstillstandsbedingungen unterdrückt werden. Die Frage der Unterzeichnung des Dokumentes von Versailles rief heftige Kämpfe hervor, eine Regierung kam über sie zum Sturz, und die Erschütterung wirkte lange im politischen Leben nach. Nicht minder groß war die Erregung, als im Frühjahr des vorigen Jahres das Londoner Finanzultimatum niederlagte. Wieder gab es einen Regierungsturz, gab es nervenzerrüttende Auseinandersetzungen über Annahme oder Ablehnung, die sich in die noch immer nicht beendeten Diskussionen über Erschließungspolitik verließen. Das waren echte Krisentage, tragische Ereignisse im Leben des deutschen Volkes.

Nun hat Herr Poincaré für den Fall, daß Deutschland nicht bis zum 5. August bestimmte genau vorgeschriebene Erklärungen über die Ausgleichszahlung vom 15. August abgibt, geheimnisvolle Maßnahmen angekündigt. Aber von der Krisenstimmung, die sonst jedesmal bei großen Entscheidungen Deutschlands durchdringt, ist diesmal nichts zu bemerken.

Für diesen Unterschied zwischen einst und jetzt gibt es viele Erklärungsgründe. Zunächst ist als Folge der ewigen Bedrohung eine gewisse Abstumpfung, um nicht zu sagen, eine gewisse Stumpfung der Aufmerksamkeit eingetreten. Zum zweiten handelt es sich diesmal nicht mehr um ein solches Vorgehen der Entente, sondern vielmehr um eine isolierte Aktion Frankreichs, deren Ankündigung nirgends sonst im Ausland Befall und Ermunterung, in Frankreich selbst bei allen verständigen Kreisen Ablehnung gefunden hat. Zum dritten ist der Anlaß so an den Haaren herbeigezogen, das für den Augenblick in Betracht kommende Streitobjekt verhältnismäßig so klein, daß man an eine große Aktion der französischen Regierung aus dieser Gelegenheit heraus nicht recht glaubt. Zum vierten beginnt am Montag die Londoner Konferenz, von der man eine ganz erhebliche Dämpfung des Pariser Verhandlungsdranges erwartet. Zum fünften schließlich hoffte man, daß die Reichsregierung eine Erklärung vorbereitete, die geeignet war, den französischen Ministerpräsidenten vor der ganzen Welt erst recht ins Unrecht zu setzen, falls er wirklich zur Tat übergehen wollte.

Man braucht wirklich sich nur der Tatsache selbst zu erinnern, um die Unmöglichkeit des französischen Verhältnisses ins rechte Licht zu rufen. Der im Augenblick akut gewordene Streit geht nicht um die Reparationen, die Entschädigung von Staat zu Staat, sondern um die Befriedigung von privaten Vorkriegsgläubigern, denen die Bezahlung zu verweigern Deutschland nie eingelassen ist. — Die in dem vereinbarten Ausgleichsverfahren geregelten Zahlungen sind bisher pünktlich und ohne Widerspruch geleistet worden, die Absicht, darin eine grundsätzliche Änderung einzutreten zu lassen, besteht nicht. Die Sorge, daß die Privatgläubiger nicht zu ihrem Recht kommen könnten, ist auf keine Weise begründet, vorausgesetzt, daß nicht eine böswillige Ententepolitik auch noch die letzten Reste der deutschen Zahlungsfähigkeit untergräbt.

Der rasende Sturz der Mark, der durch die Drohnoten Poincarés wesentlich mitverschuldet ist, hat die deutsche Regierung allerdings zu dem Vorschlag genötigt, von den 40 Millionen Goldmark, die am 15. August fällig sind, zunächst nur 10 zahlen zu dürfen. Die deutsche Regierung erwartet von der Vollzahlung der fälligen Summe ein weiteres Sinken der Mark und damit auch eine Schädigung der ausländischen Gläubigerinteressen. Sie hat es in das Ermessen der beteiligten Regierungen gestellt, durch eine zeitweilige und teilweise Stundung diese Schädigung zu verhindern. Sie hat nicht gesagt, daß sie unter allen Umständen die Zahlung verweigere, noch weniger, daß sie einzelnen Staaten, die vielleicht im Gegensatz zu anderen auf Zahlung bestehen könnten, den ihnen zustehenden Anteil vorenthalten wolle.

Sehn Millionen sind zunächst angeboten. Aller Voraussicht nach genügt dieser Betrag, um Frankreich, wenn es auf Zahlung besteht, anteilweise vollständig zu befriedigen. Differenzen nach oben oder unten können nur geringfügig sein und die Entschädigung einer internationalen Krise nicht rechtfertigen. Hatte Frankreich erklärt, daß es in die Entscheidung der anderen beteiligten Regierungen nicht eingreifen wolle, aber auf voller pünktlicher Auszahlung seines Anteils bestuhe, so wäre das zwar weder lebenswichtig noch verständlich, aber immer noch korrekt gewesen und alle Welt, auch Deutschland, hätte sich damit abfinden können.

Statt dessen verlangt Poincaré unter geheimnisvollen Drohungen von Deutschland bis zum 5. August die Erklärung, daß es am 15. August die ganzen 40 Millionen pünktlich bezahlen werde. Es bestätigt sich das Wort Marx', daß alles in der Geschichte zweimal geschieht, einmal als Tragödie und einmal als Farce. Das Ultimatum Poincarés ist die Farce zur Tragödie des Londoner Finanzultimatums.

Das alles ist die Ursache davon, daß man den 5. August in Deutschland nicht als großen Krisentag nach dem Vorbild früherer empfindet, und es gibt noch eine Ursache: das ist die Zeit eines Jahres und 3 Monaten konsequent betriebene sogenannte „Politik der Erfüllung“. Sie hat Deutschland nach außen wie nach innen moralische Widerstandskraft genug gegeben, um die großen und kleinen Ereignisse, die der augenblickliche Machthaber Frankreichs ankündigt, ohne allzu schwere seelische Erschütterungen erwarten zu können.

## Kein Recht zu Sanktionen

Berlin, 5. August. Die Antwortnote der Reichsregierung auf die Note der französischen Regierung in der Angelegenheit der Ausgleichszahlungen lautet: Herr Ministerpräsident! Eure Excellenz beehre ich mich, den Empfang der Note vom 1. August 1922 zu bestätigen. Die Reparationskommission hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 12. Juli 1922 auf Gewährung eines Moratoriums für die Reparationszahlungen mit Schreiben vom 13. Juli 1922 in Aussicht gestellt, daß sie ihre Entscheidung auf diesen Antrag vor dem 15. August 1922 treffen und mitteilen werde. Die königliche Großbritannienische Regierung hat auf den Antrag der deutschen Regierung vom 14. Juli 1922 auf die Herabsetzung der monatlichen Ausgleichsraten mit Schreiben vom 26. Juli 1922 geantwortet, daß sie beabsichtigt, diese Frage mit den anderen beteiligten Mächten zu erörtern, um der deutschen Regierung eine Antwort im Namen der Gesamtheit der beteiligten Mächte zugehen zu lassen. Die königlich Belgische Regierung hat auf den gleichen Antrag geantwortet, daß sie sich auf diesen Antrag zu gleicher Zeit, wie über das Gesuch um ein Moratorium für die Reparationszahlungen äußern werde. Eine Abschrift dieser beiden Noten beehre ich mich zur gefälligen Kenntnis Eurer Excellenz beizufügen. Die deutsche Regierung kann danach annehmen, daß bereits vor dem 15. August eine grundsätzliche Regelung der Frage der Ausgleichszahlungen möglich sein wird. Sollte diese Annahme, die sich auf das Schreiben der Reparationskommission vom 13. Juli 1922 im Zusammenhang mit den erwähnten beiden Noten gründet, nicht zutreffen, so wird die deutsche Regierung ihre vertraglichen Verpflichtungen im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit zu erfüllen bestrebt sein.

Auf die Frage der Heranziehung der privaten Schuldner zur finanziellen Abdeckung der Ausgleichsverpflichtungen wird die deutsche Regierung in ihrer Antwort zur Sache selbst, die sie sich in ihrer Note vom 1. August 1922 vorbehalten hat, besonders eingehen. Schon jetzt sei bemerkt, daß ein dem Reichsrat vorliegender Gesetzentwurf eine Änderung des Berechnungssystems vorsieht, nach welcher insbesondere auch die Ausgleichsschuldner stärker als bisher herangezogen werden sollen. Ein. Excellenz bezeichnet die in ihrer Note vom 26. Juli 1922 angekündigten Maßnahmen nunmehr als Retorsionsmaßnahmen. Nach dem Abkommen vom 10. Juni 1922 ist

die einzige Rechtsfolge der Nichterfüllung der von Deutschland übernommenen Verpflichtungen die, daß die beteiligten alliierten Mächte dieses fristlos kündigen können. Die Kündigung hätte die Wirkung, daß die Bestimmungen des Vertrages von Versailles über die Zahlung der jeweiligen Debitsachen wieder Anwendung finden würden.

Als Sicherung für den Fall der Nichtzahlung gibt der Vertrag von Versailles den alliierten Mächten lediglich ein Pfandrecht an den Erlösen aus der Liquidation des deutschen Eigentums. Dem Sinn und Zweck dieser gerade für den Fall der Nichterfüllung vorgesehenen Bestimmungen würde die Anwendung der für den 5. August 1922 angekündigten Retorsionsmaßnahmen widersprechen, zumal für eine Zahlung, die überhaupt erst am 15. August fällig ist. Seit Ein. Excellenz Note vom 26. Juli 1922 hat sich die wirtschaftliche und finanzielle Lage Deutschlands weiter außerordentlich verschlechtert. Die Mark ist inzwischen bis auf ein Zweihundertstel ihres Friedenswertes gesunken und die Leistungsfähigkeit Deutschlands dementsprechend weiter zurückgegangen. Unter diesen Umständen gibt die deutsche Regierung eindringlich die Erziehung der französischen Regierung anheim, die Angelegenheit einer nochmaligen Prüfung zu unterziehen und ihre Entscheidung bis zu den in der anliegenden englischen und belgischen Note erwähnten Verhandlungen der beteiligten alliierten Mächte zurückzustellen. gez. Wirth.

## Erchenfeld will nicht kommen

Eigene Drahtmeldung  
Berlin, 5. August. Das Dementi der bayerischen Staatszeitung, wonach alle Nachrichten über eine jetzt beabsichtigte Reise des bayerischen Ministerpräsidenten nach Berlin aus der Luft gegriffen seien, da weder eine Einladung vorliege, noch die Absicht zu einer solchen Reise nach Berlin bestehe, hat in Berlin schärfste Ueberraschung hervorgerufen. Bevor die Einladung nach München erging, hatte man unbedingt den Eindruck, daß sie angenommen werden müsse. Wenn der bayerische Ministerpräsident kommen wird, über ob an einem anderen Orte zwischen Berlin und München verhandelt werden soll, ist zur Stunde noch nicht bekannt. Man steht hier gewissermaßen vor einem Rätsel.

## Vorberatungen zum Internationalen Bergarbeiterkongreß

Frankfurt a. M., 5. August. Der Vorstand des Internationalen Bergarbeiterverbandes trat gestern zur Vorbereitung der Verhandlungen des vom 6. bis 11. August hier tagenden 8. internationalen Bergarbeiterkongresses unter dem Vorsitz des Engländers Smith, eines Mitgliedes des englischen Unterhauses, zusammen. Die allgemeine Tagung, zu der etwa 150 Delegierte erwartet werden, beginnt Sonntag abend. Auf der Tagesordnung des Kongresses stehen Anträge über die Regelung der Arbeitszeit, über Arbeitsbedingungen, Sozialversicherung des Bergbauers, Erziehung eines internationalen Informationsbureaus, über den wirtschaftlichen Stand des Bergbaues und über Bergarbeitergesetzgebung.

## Der österreichische Finanzplan

Von unserm Wiener Korrespondenten

Der österreichische Nationalrat ist in die Sommerferien gegangen, nachdem er in wochenlangen Beratungen den Finanzplan der Regierung fertiggestellt hat. Als die Regierung Seipel am 30. Mai gewählt wurde, hatte sie von einem Finanzplan noch keine Ahnung. In seiner ersten Rede mußte der Bundeskanzler über die Rettung Oesterreichs nichts als die allgemeinsten Phrasen vorzubringen. Klar war ihm wohl nur das eine, daß er das sozialdemokratische Finanzprogramm, das am 1. Oktober vorigen Jahres veröffentlicht worden war und das in der Erfassung der Sachwerte in der Form der Anforderungen der ausländischen Valuta, der Zwangshypothek auf den agrarischen Besitz und in der Auflegung von Gratisaktien auf die Aktiengesellschaften gipfelte, ablehnen müsse. So hatte der Herr Prälat gleich vom ersten Augenblick das ganze Bürgertum für sich, das sich von ihm den schärfsten Kampf gegen die Arbeiterschaft versprach. So kam der 12. Juni und in totem Wirbel trieb die fremden Valuten auf eine noch nicht dagewesene Höhe. War die tschechische Krone am Tage der Wahl der neuen Regierung noch verhältnismäßig niedrig bewertet worden, so stieg sie am 9. Juni schon auf 308 und am 12. Juni bereits auf 419. Die Regierung war ratlos und berief die Parteiführer zu sich, um von ihnen einen Rat zu erhalten. Die sozialdemokratischen Parteiführer vertriehen auf ihr altes Finanzprogramm und verlangten vor allem die Anforderungen der Valuten. Dazu konnte sich die Regierung nicht entschließen, wohl aber lud sie die Direktoren der großen Banken zu einer Sitzung ein und betrog sie dazu, sich bereit zu erklären, einen Teil der von ihnen in gleichzeitiger Weise angesammelten Valuten zur Gründung einer Notenbank zur Verfügung zu stellen, oder richtiger, zu verpfänden, denn von den 100 Millionen französischen Franken, die die Regierung für diese Notenbank für notwendig hielt, um die 100 Milliarden Kronen des österreichischen Banknotenumlaufes voll zu bedecken, haben die Banken bis jetzt nur einen kleinen Teil wirklich zur Verfügung gestellt. Immerhin hat schon die Ankündigung der

neuen Notenbank die Valutahaufe eingedämmt und bis zum 16. Juni war die tschechische Krone auf 269 Kronen gefallen. Als aber die Kapitalisten sahen, daß sie von der Regierung nichts weiter zu befürchten hatten, stiegen die Valuten rasch wieder in die Höhe und als die Regierung am 21. Juni ihr ganzes Finanzprogramm vorlegte, stand die tschechische Krone wieder auf 365 und seitdem ist sie ununterbrochen gestiegen, bis sie am 17. Juli den Stand von 839 Kronen erreichte. Erst als an diesem Tage das Verbot des freien Handels mit Valuten und Devisen veröffentlicht wurde, fiel sie einige Tage lang bis nahezu auf 700 und seitdem der Finanzplan in Beratung stand und die bürgerlichen Parteien alle sozialdemokratischen Verbesserungsanträge mit einer Entschiedenheit, die einer besseren Sache würdig wäre, ablehnten, stiegen die Valuten wieder langsam.

Wie die Gründung der Notenbank, die am Anfang des Finanzplanes stand, eine Halbheit war, so ist auch der ganze Finanzplan eine Halbheit. Vor einem Vorgehen gegen das Kapital schreckt die Regierung zurück und was sie an Maßnahmen gegen die Besitzenden ankündigt, wurde gleich im nächsten Augenblick so verwässert, daß es weder dem Kapital wehe tut, noch auch das Defizit des Staates beseitigt. Von den drei Forderungen der Sozialdemokratie hat die Regierung die erste in der Weise unwirksam gemacht, daß sie, statt die Valuten anzufordern, einen kleinen Teil davon von den Banken erbatte. Die Anforderung der Gratisaktien von den Aktiengesellschaften lehnte die Regierung ab — sie mochte es mit dem Großkapital, mit dem sie sich eben erst befreundet hatte, nicht verderben — aber sie tat sich sehr viel darauf zugute, daß sie wenigstens die Zwangshypothek der Agrarier in ihr Programm aufnahm. Aber als die Agrarier offen rebellierten, verwässerte sie auch diese Maßregel, so daß die Hypothek nicht mehr als etwa 7 Prozent des Wertes betragen sollte, wozu noch eine Zwangsleihe bei der Aktiengesellschaft in der Höhe von 7 Prozent des Kurswertes der Aktien kommt. Diese ganze innere Anleihe — die von den













